

## **Entschließungsantrag**

der Abgeordneten Vilimsky, Themessl, Klement  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend Entlastung der Autofahrer

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (39 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2007 (Bundesfinanzgesetz 2007 – BFG 2007) samt Anlagen (70 d.B.); Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie**

In den vergangenen Jahren wurden Österreichs Autofahrer in einer noch nie da gewesenen Weise finanziell belastet. Diese Belastungen wirken sich nachhaltig aus, Jahr für Jahr - auch in der Zukunft.

So ist zum Beispiel mit dem 1.1.1997 die Vignettenpflicht mit Kosten um damalige 550 Schilling - das sind ca. 40 Euro – pro Stück eingeführt worden. Trotz der Einführung der Vignettenpflicht ist aber die Mautpflicht für so genannte Altmaut-Strecken in einer Länge von insgesamt 142 km bestehen geblieben. Mittlerweile hat sich der Vignettenpreis verdoppelt und Bundesminister Faymann kündigte im Rahmen der Ausschussberatungen zum Budget für das nächste Jahr schon eine weiter, dafür aber moderate Anhebung des Vignettenpreises nach Erhebung des Verbraucherpreisindex an.

Ebenso traf jeden Autobesitzer die saftig verteuerte motorbezogene Versicherungssteuer, mit Wirksamkeit vom 1.6.2000 wurde diese um 51,36% angehoben. Die seit drei Jahren erhöhte Mineralölsteuer bekommt der Autofahrer bei jedem getankten Liter Treibstoff zu spüren und wird sich in Zukunft noch mehr über die nun wieder erfolgte Erhöhung freuen. Amtliches Kilometergeld ist viel zu niedrig. Ganz besonders leiden jene darunter, die aus beruflichen Gründen vom Auto abhängig sind, wie etwa die Pendler, welche tagtäglich von der Benutzung ihres Autos abhängig sind.

Dazu kommt noch der neue Zwang zu Licht am Tag der den Treibstoffkonsum ankurbelt und die Haltbarkeit der Autolampen rapide verkürzt. Die Werkstätten freuen sich auf ihren laufenden Besuch, da nämlich der Gutteil der Glühbirnen nicht so ganz einfach und schnell zu wechseln ist.

Als ob das nicht schon genug wäre, nascht die Regierung auch noch kräftig bei den horrenden Treibstoffpreisen mit. Durch diese Aktionen und die Treibstoffgewinne kassierte der Staat von den Autofahrern in den letzten sechs Jahren zusätzlich vier Milliarden Euro. In Schilling gerechnet heißt das eine unvorstellbare Kostenlawine von 55 Milliarden, die zu den ohnehin hohen Abgaben und Steuern dazugekommen ist. Insgesamt sind die Autokosten seit dem Jahr 2000 um stolze 30 Prozent gewachsen. Auch das ist ein neuer Rekord.

Wie KR Dr. Heinz Hofer, Präsident des ARBÖ, in der Zeitschrift „Freie Fahrt“ ausführt, belaufen sich die Abgaben und Steuern die jährlich von Kraftfahrern aufgebracht werden auf gewaltige 12 Milliarden Euro pro Jahr. „Nur knapp zwei Milliarden werden für die Straßeninfrastruktur ausgegeben. Ein krasses Missverhältnis, das sich

in den vergangenen Jahren ganz massiv zu Lasten der Autofahrer verschoben hat. Die Belastungswelle der vergangenen Jahre brach über die Autofahrer, insbesondere die Pendler, wie ein Tsunami herein, weil seitens der Regierung kein Belastungsausgleich erfolgte. Allein die Mehrkosten für die Autofahrer summieren sich von 2001 bis heute auf mehr als vier Milliarden Euro, davon allein 1,25 Milliarden aus der erhöhten motorbezogenen Versicherungssteuer, 634 Millionen aus der erhöhten Vignette und 624 Millionen aus der erhöhten Mineralölsteuer - Mehrbelastungen, wohl gemerkt!“

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage betreffend einer Änderung der einschlägigen Gesetzesmaterien in Hinsicht auf eine Entlastung der Autofahrer in den Punkten

- Anhebung des Km-Geldes auf 50 Cent,
- Anhebung des allgemeinen Verkehrabsetzbetrages, der seit 1989 mit 291 Euro unverändert ist und damit eine Steuersenkung für alle Arbeitnehmer,
- Faire Treibstoffpreise durch mehr Wettbewerbskontrolle und Transparenz,
- Abschaffung der Verpflichtung zum ‚Licht am Tag‘ und
- Einführung von Wechselkennzeichen für Auto und Motorrad zuzuleiten.“